



politische Kräfteverhältnis nach zehn Jahren sein wird und welche Bedingungen für die Reduzierung der Verpflichtung vorzulegen sind, die der eine oder der andere Staat übernommen hat. Die Anerkennung der Schulden soll dem einen oder dem anderen Staat das Vorrecht bei Konzeptionen geben, mit denen die Anleihen sichergestellt werden, die man sich auslasten zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu Verfügung stellt. Die Hauptaufgabe der Konferenz wird darin bestehen, die Höhe der Anleihen, die Organisationen, die die Anleihen geben, und die Bedingungen dieser Anleihen festzustellen. Alles übrige ist diplomatisches Beiwerk.

### Sowjetrußland und die kapitalistischen Mächte.

Der Wiedereintritt Sowjet-Rußlands in die Weltwirtschaft seiner Einbeziehung in das gegenwärtige Staatensystem, enthält eine Reihe von Fragen allgemeinen und speziellen Charakters. Die allgemeinen Fragen sind erstens Fragen der inneren Politik Sowjet-Rußlands. Ist auf ihrem Territorium bei dem Vorhandensein der Arbeiterdiktatur die Arbeit des Kapitals möglich? Anzänglich sollte die Entente Vorbedingungen auf. Sie wollte Sowjet-Rußland Änderungen in seiner staatlichen Ordnung diktieren. Sowjet-Rußland erklärte, es würde solche Einmischung nicht zulassen. Die Tatsache, daß die Entente jetzt über diese Bedingungen nicht spricht, zeigt, daß sie mit der Tatsache zu rechnen gewillt ist, daß 150 Millionen Russen nicht länger vom Kongo und nicht das europäische Schicksal abhängen. Es zeigt, daß die Entente zu begreifen beginnt, daß, wenn die Sowjet-Regierung und die russische Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick es für nötig halten, ausländisches Kapital heranzuziehen, sie auch gezwungen sein wird, die juristischen Formen und Institutionen zu finden, die nötig sind, um die Produktion ausländischen Kapitals zu fördern, eine Sache von weitgehender Wichtigkeit zu sein und Tatsache wird. Der Kapitalismus existierte während der Feudalzeit, während der absoluten Monarchie, in der demokratischen Republik wie in der oligarchischen Republik. Der Kapitalismus vertritt sich den Verhältnissen anzuweisen; er wird gezwungen sein, mit den Verhältnissen zu rechnen, die in Rußland existieren, und er wird mit ihnen rechnen, wenn diese politischen Verhältnisse unerschütterlich sind, ihm aber den Profit garantieren. Andererseits stellen die neue ökonomische Politik und die Rechtsnormen Sowjet-Rußlands keine starren Formen dar. In Rußland wird kein reiner Kapitalismus und kein reiner Kommunismus sein; es wird keinen reinen Kapitalismus geben, solange die Sowjet-Gewalt der Arbeiter und Bauern existiert, es wird keinen reinen Kommunismus geben, solange nicht die internationale Arbeiterklasse gesiegt hat und solange sie nicht der Bauernschaft einen Nutzen bringt und ihr hierdurch den Stutzen der kommunistischen Wirtschaft zeigt.

## Politische Uebersicht.

### Die Reise in der USA.

Die skandalöse Einmischung des Reichstagsabgeordneten der USA bei der Abstimmung über das Verbot der Scherenschnittmaschine hat nun auch innerhalb der USA selbst eine große Erregung hervorgerufen. Die unabhängigen Arbeiter können es nicht begreifen, — ebenso wie wir — daß die Führer einer Partei, auf deren Fahne „Diktatur des Proletariats“ steht, die Diktatur der Bourgeoisie unterstützen.

Die Absicht der unabhängigen „Volksströme“ schreibt über den Abstimmungsfall im Reichstage:

„Das einzig Mögliche und Richtige hat die USPD getan. 34 unabhängig sozialdemokratische Abgeordnete stimmten gegen das Verbot. Die Wähler werden nun, daß 28 Abgeordnete anderer Parteien fehlten. 12 fehlten überhaupt, heißt es, 14 blieben der Abstimmung fern. Dazu ist zu erklären: Wir sind wohl auch die meisten Parteigenossen im Lande unzufrieden und verärgert mit dem Reichstag, aber wir wissen, welche Abgeordneten unserer Fraktion entschuldigbar sind und welche unentschuldigbar fehlten. Wir wollen die Namen dieser Genossen wissen. Wir wollen uns unsere Führer ansehen.“

Es bleibt noch abzuwarten, ob das alles nur leere Worte eines verunsicherten und durch Arbeiter von allen Seiten bedrückten USA-Abgeordneten sind, oder ob es der Anfang von wichtigeren politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei bedeutet.

Die Revolte der rechten Führer in der USPD, die hauptsächlich wider die offene Forderung der Reichstags-Abstimmung gegen die Sozialdemokratie, die sich für die Unterstützung gegen Reichstag entschieden hatte, erst jetzt durch Crispian auf den Plan. In einem langen Schreiben der „Freiheit“ vom 13. Februar begründet er die Forderung der Reichstags-Abstimmung, wobei er zugleich seine gegen die Reichstags-Abstimmung, aber im allgemeinen zu seinen Gunsten, aber die politische und soziale Bedeutung der Reichstags-Abstimmung, die von ihm als ganz richtig betrachtet wird, und es ist nur bedauerlich, daß das mit Crispian als richtig erkannt habe, früher in der „Freiheit“, der aber in der „Freiheit“ nicht zum Ausdruck gekommen ist.

Wichtig ist in dem Brief Crispian vor allem sein Hinweis auf den engen Zusammenhang der Sozial- und Arbeiterbewegung:

„Sozialismus und Arbeiterbewegung lassen sich nur nicht so trennen, daß die eine unabhängig von der anderen bestehen werden kann. Eine Arbeiterbewegung, die unabhängig von Sozialismus besteht, ist nicht nur sozialistisch, sondern auch sozialistisch. Die Arbeiterbewegung ist nicht nur sozialistisch, sondern auch sozialistisch. Die Arbeiterbewegung ist nicht nur sozialistisch, sondern auch sozialistisch.“

Was unsere Meinung über die Meinung Hilferding, Brecht und der „Freiheit“-Redaktion? denn die Hilferdinge haben bisher ihre innerpolitische Unterstützung des Kabinetts Birth selbst mit besten außenpolitischen Bedingungen begründet, um so ihre tatsächliche Interaktion der bürgerlichen Koalition vor den Augen der Arbeiter zu verschleiern. Diesen Vorwand nimmt ihnen nunmehr ihr eigener Parteigenosse und Vorsitzender des Zentralkomitees, Arthur Crispian.

Aber es genügt nicht, daß Crispian diese politische Interaktion feststellen in der „Freiheit“ macht. Es ist notwendig, daß die USA-Arbeiter dafür sorgen, daß den Hilferdingen der tatsächliche Einfluß auf die Parteileitung und die Parteipolitik, über den sie entscheidend verfügen, aus der Hand genommen werde, erst dann kann erreicht werden, was Crispian, wiederum zutreffend, als politische Linie der Arbeiterbewegung entwickelt:

„In Deutschland wäre heute das geschlossene Proletariat außerhalb der Regierungskoalition mächtiger als es je werden kann durch die Beteiligung des Proletariats an der Koalition mit kapitalistischen Parteien. Der Koalitionswahl würde weggelassen und der gemeinsame Feind des Proletariats klar erkannt werden, die Kämpfe könnten zielbewusster und energischer geführt werden, bis zur Eroberung der Macht.“

Worin wieder sich als zentraler Schluß ergibt, daß die Hilferdinge es sind, die die Sammlung des Proletariats in Deutschland hindern, weil ihre Politik es ist, die „einen großen Teil des Proletariats durch die rechtssozialistische Koalitionspolitik gescheitert“.

### Ein Abkommen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland.

Am 7. Dezember unterzeichneten Uebereinkommen mit Sowjet-Rußland und der Sowjet-Union mit dem Austausch der in den Schlußartikeln vorgezeichneten Noten am 14. Februar d. J. in Kraft getreten. Gegenstand des einen Uebereinkommens ist die Umgestaltung der bereits bestehenden beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge, während das andere Uebereinkommen die Heimförderung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten regelt.

### Doch Vertagung der Konferenz von Genua.

Die Londoner Presse bespricht die Auswirkung der italienischen Regierungskrise: Die bittere Folge des Sturzes des Kabinetts Bonomi werde die Vertagung der Konferenz von Genua sein. Wahrscheinlich werde die Konferenz nunmehr nicht vor April zusammenzutreten können. Die „Times“ schlägt zur Erleichterung einer Einigung mit Frankreich vor, den Bülletand sich über das Programm der Konferenz auszusprechen zu lassen und erst dann den Zeitpunkt der Konferenz zu bestimmen.

### Poincaré und Petersdorf.

Die Vogel-Stranz-Politik der deutschen Regierungspresse hat wieder einmal nichts genützt. Bergschlich hat man den Fall Petersdorf trotz der Tatsache, daß zwei französische Jäger von der obersteilischen Ortschaft erschossen worden waren. Die amtliche deutsche Untersuchung ergab, daß die Vorgänge in Petersdorf vom unbesetzten Deutschland aus nicht veranlaßt worden seien. Dies mag stimmen; aber Herr Poincaré gibt sich damit nicht zufrieden. Er macht die deutsche Regierung für die Taten der deutschen Ortschaft-Verbände Obersteilens mit verantwortlich. Der französische Ministerpräsident hat in der Kammer strenge Sanktionen angekündigt, wenn Frankreich nicht volle Genugtuung erhalte. So wird die deutsche Öffentlichkeit sich doch mit Petersdorf befähigen müssen und am Ende werden, dank der glorreichen Erfüllungsgewissheit, wieder einmal die deutschen Sozialisten die Fische bejagen müssen, welche die Ortschaft-Verbände machten.

### „Annette“ in der Tschecho-Slowakei.

Aus Prag wird gemeldet: Der Präsident Masaryk hat eine sogenannte Annette für die Teilnehmer an der Dezember-Aktion von 1920 erhalten. Die Annette wird sich folgendermaßen aus: Genossen Anna und Japotsch hatten am 17. Februar ihre Strafe erlassen. Infolge der Annette Masaryks wurden sie am 18. Februar in Freiheit gesetzt. Der Reichsbanner-Kommunist, unter dem Namen Annette, hat die Annette erhalten. Von dem Annette ist aber nur die Ueberlieferung geblieben. Alles andere ist in einer unglücklichen Verhinderung verblieben. Die Annette-Masaryk ist beinahe ebenso schön, wie die Annette-Masaryk.

### Störung in Ungarn.

Das Budapest wird gemeldet: Unter großer Unzufriedenheit wurde die ungarische Nationalversammlung durch die Debatte fortgesetzt, aber daß es möglich gewesen wäre, die neue Verfassungsverfassung zu beschließen. Die Debatte ist sehr, verzögerte die Regierung ihre Abstimmung zu den Fortschritten der Opposition und letzte insbesondere die gegen die Abstimmung auf das am 20. September und 21. September beschlossene Abkommen und noch einige andere Beschlüsse erließen spät nachmittags beim Reichstagspräsidenten und nachher im auf hat verfassungsmäßige Beschlüsse der Regierung anzuwenden. Trotz aller Anstrengungen, ein Kompromiß herbeizuführen, werden die Abgeordneten unzufriedener Dinge im Parlament zuhause.

Die oppositionellen Parteien haben beschlossen, ein gemeinsames Reichstagskomitee einzurichten, dessen Hauptaufgabe die Vertretung und Befolgung der Interessen und Bedürfnisse der oppositionellen Parteien bilden soll. Als Präsident der Kommission wurde Graf Spányi ausgewählt. Der Reichstag für den Fall, der den Reichstag befehlen wird, ist per Gesetz, die sich in der letzten Sitzung der Nationalversammlung ergab. Der Reichstagspräsident wird die Vertretung der Kommission an und wird in ihrer Mitte mit, die die „Kommission Ungarn“ den Reichstag stellt, die oppositionellen Abgeordneten mit dem Reichstag zu einem oder für je nach dem Reichstag zu wählen. Die Kommission wird die Vertretung der Kommission an und wird in ihrer Mitte mit, die die „Kommission Ungarn“ den Reichstag stellt, die oppositionellen Abgeordneten mit dem Reichstag zu wählen. Die Kommission wird die Vertretung der Kommission an und wird in ihrer Mitte mit, die die „Kommission Ungarn“ den Reichstag stellt, die oppositionellen Abgeordneten mit dem Reichstag zu wählen.

wachenden Ungarn“ verfügten gegenüber der Macht des jüdischen Kapitalismus nur über zwei Waffen, über ihre Herz und ihre Faust. In dem Kampfe werde die Faust entscheiden.

Den Jahrestag der Ermordung der beiden Redakteure des sozialdemokratischen Zentralorgans „Neue Welt“ Bela Somojai und Bela Bacs feierten die ungarischen Arbeiter durch eine teilweise Arbeitseinstellung. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte die Arbeiter aufgerufen, die Arbeiter der Zentralorgane zu besuchen und durch zahlreiche Teilnahme für einen würdigen Verlauf der Kundgebung zu sorgen. Die Arbeiterklasse vieler Betriebe begnügte sich jedoch nicht damit, Delegationen auf den Friedhof zu entsenden, sondern legte die Arbeit nieder und zog in geschlossenen Zügen zu den Gräbern der Ermordeten. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 40 000 bis 50 000 geschätzt. In den Reihen wurde der Wirt des beiden Führer der ungarischen Arbeiterbewegung gebacht und der Empörung über die angegebene Tat Ausdruck verliehen. Volz und Wittke war im großen Umfang angefallen und die „Erwachenden Ungarn“ hatten ihre Bezugsgruppen mobilisiert. Trotzdem ist es nirgendwo noch befürchteten Zusammenstößen gekommen und die Kundgebung verlief in voller Ruhe.

### Klapp-Verbrechern geschieht nichts, dafür erhalten sie aber Pensionen!

Die neben Noke und Hörsing einst hervorragende Herde der SPD, Herr Winnig, bazumals Oberpräsident von Ostpreußen, wütender Bolschewistenhasser, Uebernationalist und dann — als er um sein Köpfchen besorgt sein mußte — strammer Kappist, ist heute wieder einmal der Arbeiterbewegung in Erinnerung gebracht worden.

Auf eine Anfrage der USA hat der preussische Minister des Innern erwidert, daß gegen Winnig sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Amt eingeleitet worden sei. Nachdem jedoch der Oberreichsanwalt das Verfahren gegen Winnig auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt habe, wurde auch das Disziplinarverfahren wieder eingestellt und Winnig mit einer Ordnungsstrafe belegt. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einflussreichen Ruhestand versetzt sei, regelten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

So ist es richtig, Tausende Arbeiter aus den Kämpfern im Zuchthaus — und den Kappverbrechern gibt der Staat noch Pensionen und Ruhegehälter.

## Wirtschaftliche Uebersicht.

### Wiedergang des deutschen Kollapsjahres.

Belauntlich hatte ... land vor dem Krieg ein fast ausschließliches Monopol an Nahrungsmitteln, welche von der Landwirtschaft der ganzen Welt, als künstliches Düngemittel verwendete wurde. Seitdem Esch an Frankreich abgetreten wurde, kamen die dortigen Erben unter französische Verwaltung. Das deutsche Monopol war gebrochen, besonders weil die Franzosen durch ihre Freipolitik den einflussreichen Konkurrenz machten sich besonders 1921 geltend. Es stellte sich der Abfall des deutschen Kollapsjahres an Reinkoll in den letzten drei Jahren wie folgt:

Jahr	insgesamt	davon ins Ausland
1919	8 120 168	1 746 768
1920	9 246 517	2 945 215
1921	9 211 469	1 526 419

Nach einer vorübergehenden Steigerung im Jahre 1920, fiel der Export 1921 unter die Ziffer von 1919. Der Anteil der Ausfuhr am Gesamtabsatz war 1919 21,5 Prozent, fiel 1920 auf 20,3 Prozent, um 1921 auf 16,6 Prozent zu fallen. Dieser Rückgang des Exportes diente dem Kollapsjahr als Vorwand, um die Preise im Inland hochzuhalten und dadurch zur Verteuerung der Bodenfrüchte beizutragen.

### Mitteluropäische Kolonien.

Die Krise, welche das Ententeimperium in seiner Expansionszeit bedroht, zwingt sowohl England als auch Frankreich, einen Ausweg aus der jetzigen Sachlage dadurch zu suchen, daß es sich um neuen Märkten umsieht. Die allgemeine Forderung, die als Folge des Krieges Mittel- und Westeuropa ergreifen hat, lassen es begreiflich erscheinen, daß gerade diese Gebiete der Schauplatz für die Expansionsgelüste des westlichen Kapitalismus abgeben. Von dem Absichten, die England und Frankreich mit der Wiederanbahnung der Beziehungen zu Rußland verbindet, soll hier nicht weiter gesprochen werden. Stattdessen erscheint es notwendig, die Aufmerksamkeit auf Vorgänge zu richten, die daraus ausgehen, Mitteluropa in eine Entente-Kolonie zu verwandeln.

1. In letzter Zeit tauchten wieder Nachrichten über eine englische Kredithilfe an Oesterreich auf, die dieses Mal allem Anschein nach zur Tatsache werden wird. Wie es heißt, will die englische Regierung zweieinhalb Millionen Pfund vorstrecken, was in österreichischer Währung rund 90 Millionen Kronen ausmacht. Dazu sollen noch 50 Millionen französischer Francs hinzukommen, die ebenfalls dem österreichischen Staat zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieser Betrag reicht kaum hin, um Oesterreich ein Jahr lang über Wasser zu halten. Von einer wesentlichen Hilfe kann also nicht die Rede sein. Dagegen besteht England die Gelegenheit, um Oesterreich vollkommen in seine Hand zu bekommen, und auf diese Weise zu billigen Arbeitskräften zu gelangen. Es soll hier nämlich ein englischer Konsul in Wien eingesetzt werden, welcher über die Verwendung des Credits wachen soll, und ohne dessen Gegenzeichnung keine österreichische Finanzmaßregel mehr möglich sein wird.

2. In der Berliner Börse steigen die Aktien der Courantbank (Bank für den Handel) an. Als Grund wird die Aufnahme dieses Bankes durch eine englische Kapitalistengruppe angegeben. Derselbe englische Geschäftshaus ist augenmerklich auch auf die Skandinavische Bank in London gerichtet zu haben, wie dem überhand Obersteilens zum Ausschlag englischer und französischer Interessen geworden ist. Nachrichten aus Warschau besagen, daß in den an Polen abgetretenen Teilen die französischen Interbanken die Kapitalistengruppe in vollem Umfange geübt werden. Das französische Kapital verbindet mit den nordwestlichen Bankbeziehungen eine Überlegenheit über einen politischen Stand, da es die österreichische Bankbeziehungen zu Rußland unter allen Umständen will.

3. Schließlich sei noch auf eine Erscheinung hingewiesen, die ein Beispiel für die Durchdringung Ungarns mit französischem Kapital ist. Französischer Kapitalist hat über den Reichstag einen Antrag mit dem französischen Finanzminister eingereicht, der den Reichstag über die internationale Forderung in Budapest, und der französischen Geschäftshaus entscheidender Einfluss eingeräumt wird.



sch vorausgesetzt hat, daß die Regierung die Maschinen-  
gewehre schon zu einer Zeit in Stellung gebracht hat, wo  
die Arbeiterschaft an eine Demonstration nach gar nicht  
dachte. Sie hat den Generalfreik im Oktober 1920 pro-  
poniert, da nach den Aussagen des Generals Averescu,  
heutezeit Ministerpräsident, er den Generalfreik hätte ver-  
hindern können, es aber nicht wollte.

Heute, nach mannigfaltigen Qualen, stehen 300 Ge-  
nossen vor dem Kriegsgericht. Die Art der Vorbereitung  
und des Fortgangs des Prozesses läßt nur eine Verurteilung  
als möglich erscheinen. Die Verteidiger können mit den  
Angeklagten nicht reden, an der Tür des Verhandlungs-  
lokals sind Maschinengewehre aufgestellt, die Verhafteten  
werden auf alle mögliche Art demoralisiert, und selbst  
während des Prozesses werden sie geschlagen und müssen  
zur Waffe des Hungerstreiks greifen. Sogar die Beobach-  
terung des Gerichts, in dem der Prozeß stattfindet, wird  
terrorisiert, um die öffentliche Meinung der Militärjustiz  
günstig zu stimmen.

Werden die Genossen in der Tat verurteilt, so bedeutet  
das die Entfernung der besten Genossen (Theoretiker und  
Propagandisten) für 10-15 Jahre aus der Gemeinschaft  
der Arbeiterklasse.

Die Verurteilung bedeutet weiter den Zwang zur  
Illegalität der sozialistischen Bewegung, bedeutet eine neue  
Periode von greßen und schmerzlichen Opfern.

Nur die Genossen der anderen Länder können uns  
helfen, nur sie können uns retten: Wählt selbst die Mittel!

Zum Austausch der ungarischen Volkskommis-  
sare.

Die dritte Gruppe der Austauschgefangenen war vor  
zehn Tagen aus Budapest abgegangen. Dieser  
Transport kam jedoch nur bis Mariberg (Nieder-Österreich),  
wo eine Mitteilung der deutschen Regierung vorlag, wonach  
infolge des Eisenbahnstreiks der Transport nicht über-  
nommen werden könne. Darauf veranlaßte die tschechische  
Regierung den Militärtransport nach Ungarn. Heute hat der  
Transport abermals Wien passiert. Die Wiener ungarische  
Zeitung „Föld“ veröffentlicht die Meldung ihres Pres-  
burger Korrespondenten, der Gelegenheit hatte, in Budapest  
die ehemaligen Volkskommis-  
sare Agoston, Botany und  
Szabados zu sprechen. Diese erzählten, daß sie nach ihrer  
Rückkehr in den Budapester Gefängnissen in schrecklicher  
Weise mißhandelt wurden. So wurde der schwarze  
Szabados von einigen Offizieren mit Gewehrkolben blutig  
geschlagen. Der Militärtransport der Gefangenen geschah so,  
daß man sie zu Paaren in Ketten schlug und hierauf ein-  
waagerte.

Gaston gegen die New-Yorker Arbeiter.

Aus New York wird gemeldet: Auf Wunsch des Prä-  
sidenten Harding hat bekanntlich die Washingtoner Konferenz  
die Anwendung von Giftgasen im Kriege untersagt. Die  
Trombe des Schicksals will es aber, daß in denselben Tagen  
der Stadtrat von New-York beschloß, die New-Yorker  
Polizisten mit Gasbomben und Gasmasken auszurüsten.  
Die international amerikanische Bourgeoisie will zwar die  
Kriege mit auswärtigen Feinden vermeiden, aber für die  
einheimischen Arbeiter sind die Giftgase der Polizei gerade  
gut genug.

Die Kommunistenbahnen.

Aus München wird dem Berliner „Volksanleger“ mit-  
geteilt, daß der kommunistische Wanderredner Josef Schwarz  
wegen Beihilfe zum Hochverrat in München verhaftet  
worden ist. Er steht unter dem Verdacht, einer der drei  
Kommunisten zu sein, die während des Märzaufstandes in  
Mitteldeutschland die Eisenbahnstationen in Augsburg und  
Regensburg sprengen sollten.

### Neues vom Tage.

Lincoln-Credit ist wieder frei!

Aus New-York wird weiter geschrieben. Die Redaktionen haben  
in allen Ländern Glück. Der berühmte internationalistische  
Lincoln-Credit, einer der größten über das ganze Welt-  
reich, wurde bei seiner Landung in New-York als amerikanischer  
Kriegsgefangener verhaftet. Nach zwei Stunden war er bereits gegen eine  
Kaution von 1000 Dollars aus freiem Fuß und er selbst  
unabhängig der amerikanischen Justiz. Damit vergleiche man die  
Art und Weise, wie die amerikanischen Behörden mit flüch-  
tigen Arbeitern umgehen, die zufällig in Deutschland sind. Sie  
werden jahrelang im Gefängnis gehalten oder erzwungen  
abzubrechen. Aber ein richtiger Kampf ist jetzt bei Präsident  
Harding willkommen.

**Eine tapfere Stadtverwaltung.**  
Aus London wird gemeldet: Die städtischen Behörden des  
Londoner Bezirkes Poplar, wo viele Sozialisten und Kommunisten  
wohnen, hat selbständig höhere Erwerbslosenleistungen ausbezahlt  
lassen, als sie im übrigen England gelten. Poplar hat jetzt von  
der Regierung das Recht erlangt, bei diesen Sätzen zu bleiben,  
was besonders Wohl der städtischen Kasse. Bekanntlich sind  
schon einmal 20 Kandidaten von Poplar wegen ihres Ein-  
tritts für die Erwerbslosen monatlich im Gefängnis gewesen.

### Totales.

Zur Arbeitslosigkeit unter den Kriegsoffizern.

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte bringt in der Tages-  
presse wieder einmal das Gesetz vom 8. April 1920 betreffs  
Beschäftigung Schwerbeschädigter den Arbeitgebern in Er-  
innerung und läßt wissen, daß sie nun gewillt ist, gegen alle,  
welche sich den klaren gesetzlichen und sozialen Verpflichtungen  
entziehen, mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

### Die Produktivgenossenschaft

für die Provinz Schlesien kann nur dann  
ihre Aufgabe erfüllen, wenn jeder Genosse  
dabon überzeugt ist, daß auch er Träger  
dieses Unternehmens sein muß; wenn er  
täglich wirkt für den Ausbau seiner Presse,  
wenn er neue Leser und Abonnenten gewinnt,  
wenn er an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“  
Berichte übermittelt aus seinem Ort oder  
aus seiner Werkstatt, kurz wenn er wirkt.

### Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ist keine vertorperte Idee, die fast geseigt werden muß in den Köpfen seiner Nebenmenschen.

Jedem man die angeklagte Maßnahme (natürlich nur  
wenn dieselbe nicht durchgesetzt wird) begründen kann, muß  
auch hervorzuheben werden, daß hier die Fürsorge weiter  
nicht ist, als sich bereit erklärt einen Teil ihrer aus dem  
Gesetz erwachenden Verpflichtungen den Beschädigten gegen-  
über, nachzukommen.

Wenn man aber bedenkt, daß heute, wo das Gesetz  
besteht, 2 volle Jahre in Kraft ist, auf der einen Seite  
über 800 Schwerbeschädigte, 300 Schwerbeschädigte und darunter  
viele schon Jahr und Tag auf die Vermittlung von Arbeit,  
durch die Fürsorge wartet, und auf der anderen Seite die  
Fürsorge noch nicht einmal weiß, welche Arbeiter er eigent-  
lich über 20 Personen beschäftigt und somit Beschädigte  
einstellen möchte, so kann jeder verstehen, wie in dieser  
Hinsicht die Fürsorge um das Wohl und Wehe der Kriegs-  
opfer besorgt war.

Wenn man weiter bedenkt, daß bereits Kundgebungen  
wie ob-  
erzählt, schon mehrere Male erfolgt sind, und  
an der Arbeitslosigkeit unter den Kriegsoffizern sich nichts  
geändert hat, möchte jeder Beschädigte über die Wirkung  
in Zukunft außer Zweifel setzen.

Stetszeitig kann jeder Beschädigte erkennen, was den  
in dieser Hinsicht von Seiten einzelner Kriegsoffiziersorgani-  
sationen gemachten Jammern in Gestalt von Eingaben, Denks-  
schriften usw. für Erfolge beizubringen waren, und was für  
die Zukunft davon zu halten ist.

Kann selbst auch sich der Beschädigte klar sein:

1. Daß die Arbeitslosigkeit nicht aus Mangel über  
anderen Gründen, sondern die Hauptsache nur dem Jammere  
geschwätziger Beschädigter besteht.
2. Daß die Fürsorge be-  
weilen hat, wie erst es ist als unterstützendes Organ um die  
Durchführung der bestehenden Gesetz, welche doch nur einen  
Teil der Beschädigten etwas gewährt, ist.
3. Daß  
die von einzelnen Kriegsoffiziersorganisationen angestrebten  
Maßnahmen weder vermocht haben auf die Handlungen der  
Fürsorge entscheidend einzuwirken, geschweige der Arbeits-  
losigkeit zu beseitigen, oder sie gar zu beseitigen.

Daraus muß jeder Beschädigte erkennen, die Arbeitslosigkeit  
ist all dem damit verbundenen Elend nicht nicht beiseite,

wenn man sich dem Schicksal auf Gnade oder Ungnade er-  
gibt, oder wenn die Kriegsoffizier ihr Geschick dieser oder  
jener Fürsorge willens ist, die Hände lagert, auch nicht,  
wenn sie die Spitzen ihrer Organisationen auf Arbeit über-  
bereden schalten und wälten lassen, sondern nur dadurch,  
daß die Masse der Kriegsoffizier ihr Geschick selbst in die  
Hand nimmt. Weil aber die Bestimmenden von heute dieses  
nicht so ohne weiteres zulassen werden, die Lage der erwerbs-  
losen Kriegsoffizier im besonderen, wie die gesamte Lage über-  
haupt, dieses aber dringend gebietet, deshalb müssen sich die  
Kriegsoffizier anstrengen, mit eisernem Willen Stück um Stück  
zu erringen.

Somit muß heute in Punkt Arbeitslosigkeit die Parole  
für jeden Beschädigten heißen: Ueberführung der gesamten  
Vermittlung in die Hände der von den erwerbslosen  
Kriegsoffizier selbst zu bestimmenden Vertrauensleute. Die  
Pflicht der Kriegsoffiziersorganisationen aber ist es, ihre ganze  
Macht für die restlose Durchführung dieser Notwendigkeit  
einzusetzen.

Breslau. Ein Revolverheld.

In der Holzhandlung Sandau u. Co. Frankfurter Str. 26,  
ist ein sehr ehemalige Selbstschütze beschäftigt. Einer davon  
ist ein Bauernd mit einem geladenen Revolver herum, aufsehend  
es eine Militärwaffe. Ganz abgesehen davon, daß nach dem Ge-  
setzungsgebot das Tragen von Militärwaffen verboten ist, bil-  
det dieser Revolver eine Gefahr für die dortigen Arbeiter. In-  
dem Revolver hat seine eigenen Kammern nicht mit Patronen  
wie aus einer Warnung des einen Revolvergehe. Dem Revolver-  
gehe muß man den Schießprügel abnehmen, bevor er Unheil  
anrichtet.

Gegen Bücher und Schleichhandel.

Das städtische Presseamt stellt und mit  
wegen Überlieferung der Einfuhr, sowie der Bucher- und  
Schleichhandelsbestimmungen sind von den zuständigen Gerichten  
durch das letzte Urteil zum Teil recht empfindliche Maß-  
nahmen und Bestrafungen verhängt worden. Unter anderen wurde  
verurteilt: der Handlungsgehilfe Theophil Spinath, Springen-  
straße 90, Kaufmann Max Weibe, Döner Straße 17 und Milch-  
händler Richard Scholl, Gräbener Straße 129, je je 1000 M.  
Geldstrafe; der Kaufmann Oskar Barmert, Goldene Kade-Gasse 10,  
zu 500 M. Geldstrafe; die Handelsfrau Maria Schönfeld, Kiebitz-  
gasse 54, zu einer Woche Gefängnis; der Wessende Alfred  
Gröger, Friedländerstraße 13, zu zwei Wochen Gefängnis und  
500 M. Geldstrafe; die Arbeiter Robert Bellmer, Böttcher Str.  
Nr. 24 und Karl Schepfer, Große Dreilindengasse 15, je einem  
Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe.

Vortragsabend.

Artur Wiesner veranstaltet am Dienstag, den  
28. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Schloßbergrestaurant, Schwab-  
nitzer Straße 10, einen Vortragsabend. Er liest Dichtungen  
von Stefan George, Dante, Baudelaire, Racine sind bei  
Japanner, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Briefkasten.

Inserat für Veranlagungstabelle von Nieber-Salzburg  
sowie nicht veröffentlicht werden, da Brief zu spät einging.

Wer legt die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ für Monat  
März bestellt und bezahlt, erhält die „Schlesische Arbeiter-  
Zeitung“ für Monat Februar  
gratis geliefert.

Der Unterschnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der täglich erscheinenden Zeitung  
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“  
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands,  
Bezirk Schlesien  
zum Preise von 9 Mk. monatlich bei freier Zustellung  
ins Haus

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
Diesen Belegschein bitten wir an die Expedition der „Schlesischen  
Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaistraße 49/50, im Rückert der  
Präsidenten, mit 50 M. frankiert, einzusenden.  
Verantwortl. Redakt.: Erich G. u. s. j.; Verleger: Max B. i. o. u. e.  
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e. G. m. b. H.  
Druck: Fäffel & Danigell, Jähnlich in Breslau.

**Genossen!**  
kauft nur bei der Genossenschaft  
die hat mit Inserieren

**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Das große  
Februar-  
Programm

**Adolf Wolf**  
H. H. Klinge

**M. PHILIPS PRICE**  
**Die russische Revolution**  
(Schonungen von dem Jahre 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Februarrevolution Sowjet  
und die erste Konvention / Das erste Stadium der  
Agitation / Wie die Konvention nach Tolstoj  
über die Revolution sah / Der Sinn der  
russischen Revolution - Alle Macht den Arbeit-  
ern / Die Konvention und die Kampf-  
mit dem Kaiserthum / Die internationalen  
Organisationen geht zur Offensive über  
1917-1919  
Verlag Carl Keyn Kall, Lutz Gahly, Hamburg

**K = P = D**  
Kommunistische Partei Deutschlands

Beitritt zur Partei: 1920 und 1921  
Beitritt zur Partei: 1920 und 1921  
Beitritt zur Partei: 1920 und 1921

Beitritt zur Partei: 1920 und 1921  
Beitritt zur Partei: 1920 und 1921  
Beitritt zur Partei: 1920 und 1921

# Gewerkschaftsbewegung

## Betriebsrätewahlen

Das Wollen der Betriebsräte und Obleute, die im März vorigen Jahres gewählt worden sind, findet in den nächsten Wochen sein Ende. Das Bestreben der Betriebsrätezentrale ist es, den Wahlablauf für alle Betriebe und sonstige Stellen in einer Höhe des Jahres stattfinden zu lassen. Schon jetzt dürfte es an der Zeit sein, die notwendigen Vorbereitungen für die kommende Wahl zu treffen, und dürfte es sich empfehlen, in besonderen Betriebsversammlungen der Belegschaft Rechenschaft zu geben über das Wollen im Betriebe. Die Betriebsräte werden sich dabei über gewisse Kritik ausüben und dazu erziehen müssen, auch solche zu ertragen, sofern sie in den Grenzen der Sachlichkeit liegen. Gegen alles darüber Hinanstehende aber werden sie sich mit Recht wehren müssen, und vor allen Dingen sind die Betriebsversammlungen kein Ort, an dem mit inhaltlosen Schlagworten gearbeitet werden darf. Die zurückliegende zweijährige Wirksamkeit der Betriebsräte wird manchen von ihnen schon aben inne werden lassen, daß mit großen und tüchtigen Leuten eher wenig zu erzielen ist, und fast immer war die Beobachtung zu machen, wenn ein ganz besonders Mundfertiger glaubte, es besser machen zu können, als sein erster und sachlicher Vorgänger, als wenige Wochen verantwortlicher Arbeit dazu genügt, ihn entweder zu einem schweigsamen Mitarbeiter zu erziehen, oder, was auch vorgekommen ist, recht bald wieder vom dem erstrebten Posten verabschieden zu sehen.

In den Betriebsversammlungen sind die Kandidaten für die Wahl aufzustellen und eine weitere Aufgabe des Betriebsrates nach § 23 des BGG ist, die Bildung des Wahlvorstandes, der ausschließlich aus Wahlberechtigten bestehen kann. In der Mehrzahl der Fälle werden die Betriebsratsmitglieder zum, doch dies ist durchaus nicht muß. Sollte ausnahmsweise in Betriebsrat dieser Verpflichtung nicht nachkommen, dann ist es Aufgabe des Arbeitgebers, aus der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die drei ältesten Mitarbeiter als Wahlvorstand zu stellen, der dann längstens binnen sechs Wochen die Wahl durchzuführen hat.

Die Wahl selbst wird hiermit auf Sonnabend, den 6. März 1922 festgelegt. Obwohl für den einen oder anderen Betrieb manch anderer Sonntag als Wahltag vielleicht besser geeignet wäre, muß doch an diesen Sonnabend festgehalten werden, weil die Anzahl der auf Montag - also auswärtig - Arbeitenden sehr groß ist, und diese dann bei der sehr häufig wöchentlichen Schichtarbeit die Möglichkeit haben, an der Wahl teilzunehmen, ohne daß den Wählern der dem Arbeitgeber durch die Wahlübung all zu große Anstoß erwidert.

Von der Größe der Betriebe wird es abhängen, in welchem Maße die einzelnen Formulare für die Wahl im Druck hergestellt werden. Von einer Anfertigung dieses Materials bei der Zentrale ist mit Rücksicht auf die damit verbundenen Umstände Abstand genommen worden; auch deshalb, weil die Mehrzahl der Arbeitgeber die notwendigen Formulare in ihren Kontoren herstellen lassen und der Abgab deshalb kaum anstößend zu schätzen ist.

Um nun bei der vorzunehmenden Wahl jeden Zweifel und Anfechtungsgrund auszuschließen, sei im Nachfolgenden noch das Wahlschreiben bekanntgegeben, dessen Wortlaut mit geringer Abweichung in jedem Betriebsratsgesetz mit Kommentar zu finden ist. Daß ein solches Gesetz jeder Betriebsrat und Vorwand in Händen hat, sollte ohne weiteres anzunehmen sein, ist aber, wie uns bekannt, doch noch immer nicht der Fall. Es liegt sogar im Interesse des Arbeitgebers, wenn er diese durch die Spruchorgane aus dem Betriebsratsgesetz begünstigte Anfechtung vornimmt, weil dadurch viel Zweifelsfälle im ersten Augenblick durch Nachfragen behoben werden können und müßiger Streit dadurch vermieden wird.

Die in dem Wahlschreiben eingezeichneten Daten sind nur dann anwendbar, wenn der Wahltag auf den 25. März 1922 festgelegt ist. Kommt ein anderer Wahltag, vielleicht um wenige Tage früher oder später in Frage, dann müssen diese Daten natürlich entsprechend abgeändert werden.

Für die Anzahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder sind die Bestimmungen der §§ 15 und 16 zu beachten.

Ausgegeben am 5. März 1922. Abgenommen am 26. März 1922.

## Wahlschreiben

Für die Wahl des Betriebsrates (Arbeiterrats und Angestelltenrats) ist die Firma

Gemäß § 1 des Betriebsratsgesetzes vom 4. Februar 1920 sind von den mindestens 18 Jahre alten im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten des Betriebes

zusammen ..... Betriebsratsmitglieder zu wählen; hiervon entfallen

auf die Arbeiter ..... Mitglieder

auf die Angestellten ..... Mitglieder

Zwecks Bildung des Arbeiterrats treten zu den Betriebsratsmitgliedern des Betriebsrats ..... Ergänzungsmitglieder bei.

Zwecks Bildung des Angestelltenrats treten zu den Angestelltenmitgliedern des Betriebsrats ..... Ergänzungsmitglieder bei.

Wählbar sind unter den Voraussetzungen der §§ 20, 21 des Betriebsratsgesetzes alle mindestens 24 Jahre alten rechtmäßig wahlberechtigten. Gemäß § 3 Absatz 1 der Wahlordnung werden die Wahlberechtigten aufgeführt bis zum 12. März 1922 Vorklasslisten für jede der beiden Gruppen von Betriebsratsmitgliedern (Arbeiter und Angestellte) bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes

Vor- u. Zunahme ..... Beruf ..... Ort u. Straße ..... einzureichen. Vorschlagslisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens drei Wahlberechtigten (als sogenannte Listenvertreter) unterzeichnet sind, sind unzulässig.

Jede Vorschlagsliste soll mindestens doppelt soviel wahlbare Bewerber benennen, wie Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind nach folgendem Muster aufzuführen.

Nr.	Family- Vor- (Nach-) Name	Beruf	Ort und Straße
1			
2			
3			

Die zugelassenen Vorschlagslisten werden vom 12. März bis 25. März 1922 täglich von (8) bis (3) Uhr im (Kontor oder Ähnlich)

zur Einsicht der Wähler ausliegen.

Die Wählerliste liegt vom 5. März 1922 bis zum 7. März 1922 einschließl. täglich von ( ) vormittags bis (3) Uhr nachmittags im (Kontor bzw. Krankenkassenabteilung oder Ähnlich) zur Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Wählerliste sind zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens am 7. März 1922 bei dem unterzeichneten Wahlvorstand anzubringen.

Die Stimmgabe über die zugelassenen Vorschlagslisten findet am 25. März 1922 oder (bei größeren Betrieben oder Betrieben mit Schichtwechsel oder Betrieben mit vom Stimmhause sehr entfernt arbeitenden Arbeitnehmern) an den Tagen vom ..... bis zum ..... statt.

Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Der Wähler, der von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will, hat seinen Stimmzettel an einem der oben bezeichneten Tage, während der Zeit von (8) vormittags bis (3) nachmittags Uhr, in einem Wahlumschlag abzugeben, den er (beim Meister, im Kontor oder dergleichen) erhält.

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt bis zum Schluß der Stimmgabe täglich von (6) bis (3) Uhr in ..... zur Einsicht aus.

Unterschrift des gesamten Wahlvorstandes.

Sonnabend, den 25. März 1922 (Wahltag)

Es wird erwartet, daß die Betriebsräte der Industrie, des Handels, sowie bei Versicherungsanstalten und Behörden beim nächsten Rechnungstragen, um im nächsten Jahre eine volle Wirksamkeit auf diesem Gebiete zu erzielen.

Bei dieser Gelegenheit sei heute schon darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 6. März 1922, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Volkerversammlung der gesamten Betriebsräte Breslaus stattfindet, die sich neben anderen wichtigen Dingen auch mit Gewerkschaftsfragen befassen wird.

Für weitestgehende Verbreitung dieser Mitteilung wird gebeten. Die Betriebsrätezentrale Breslau.

## Kommunistische Erfolge in den Gewerkschaften

Bei der Wahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt und der Kartellbelegierten wurden in einer geheimen Abstimmung 487 Stimmen für die kommunistische Liste und nur 187 Stimmen für die USG-Liste abgegeben. Dieser Erfolg ist die beste Antwort auf die gegenteilige Kommunistenbege der SPD und USPD in den Gewerkschaften.

## Aufruf der Roten Gewerkschaftsinternationale an den Deutschen Eisenbahnerverband

(Aus der Mosk. Wien, Deutsche Ausgabe vom 11. Februar 1922)

Moskau, 9. Februar. Der Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale hat zur Zeit des deutschen Eisenbahnerstreiks folgenden Aufruf an den Deutschen Eisenbahnerverband gerichtet: „Der in Moskau tagende Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale, an dem Delegierte aus Rußland, Amerika, England, Frankreich, Spanien, Japan, China, Indien, Deutschland, Österreich, der Tschecho-Slowakei, der Schweiz, Ungarn, Holland und den skandinavischen Ländern teilnehmen, sendet den streikenden Eisenbahnern und Beamten Deutschlands seine brüderlichen Grüße. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Streikenden sich nicht einschüchtern lassen und ihre berechtigten und gerechten Forderungen durchsetzen werden. Der gesammelte Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale läßt die Aufmerksamkeit des Proletariats der ganzen Welt auf die Tatsache, daß die gegenwärtige deutsche Koalitionsregierung in der Sozialdemokratie und Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sitzen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ablehnt, Mittel gegen die Streikenden ausbietet, Streikführer und Vertrauensleute, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind, verhaften läßt und die Kampffonds der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Eisenbahnerverbände beschlagnahmt. Der Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale brandmarkt vor der ganzen Welt die Genkerroll dieser Arbeiterverbreiter, die lieber mit der Bourgeoisie die Streikenden beschlagnahmt und ihre eigenen Anhänger verhaften lassen, anstatt, gestützt auf die gesamte Arbeiterschaft, in einer Arbeiterregierung die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Beamten zu bewilligen. Der Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale brandmarkt diese Gewerkschaftsführer, die lieber in einer Koalitionsregierung die Staatsbahnen den Kapitalisten ausliefern, anstatt mit den Arbeitern gegen diesen Raub anzukämpfen. Die versammelten Delegierten der Roten Gewerkschaftsinternationale fordern die Streikenden auf, fest zu

## Eigene Erlebnisse aus der Gefangenenschaft

Am 25. Februar 1915 wurde ich mobilisiert, machte die Offensive gegen Warschau mit und geriet am 22. September 1915 vor Kiew in russische Kriegsgefangenschaft. Bis Smolensk mußten wir laufen. Dort wurden wir verladen und kamen nach Moskau. In Moskau wurden die Gefangenen genau sortiert. Die Deutschen, die Tschecho-Slowaken, die Polen und Juden wurden zu besonderen Gruppen einzeln zusammengefaßt. Interessant war, daß sich viele Deutsche, die aus den östlichen preussischen Provinzen stammten und einige Worte polnisch verstanden, als Staven ausgaben, weil sie durch die Verlangung ihrer Nationalität eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen hofften. Von Moskau fuhren wir weiter nach Sibirien und kamen nach Kowo Nikolajewsk. R. R. liegt auf der Strecke von Omsk nach Tomsk, eine junge aufstehende Stadt, die ihrer raschen Entwicklung und ihrer günstigen Lage wegen, die künftige Hauptstadt Sibiriens zu werden verspricht. Hinter der Stadt, zwanzig Minuten vom Wasser entfernt, im Hofmanns-Gorodok, befand sich das Kriegsgefangenenlager, das aus zwanzig Baracken bestand, in denen etwa 10 000 Mann beherbergt wurden.

Bei der Jarenregierung ging es den Kriegsgefangenen sehr schlecht. Wir mußten unbezahlte Arbeit täglich verrichten, wurden streng bewacht und hatten nicht die geringste Freiheit. Eine Ausnahme machten nur die Offiziere und die Einjährig-Reservisten, die von jeder Arbeit befreit waren. Die Ernährung war völlig ungenügend. Wir bekamen fast täglich eine (Kakha), die ohne Milch, oder Butter zubereitet war. Während der Fastenzeit gab es wochenlang keine Fleisch. Das Brot war fast immer feucht und klebrig. Die Baracken wurden sehr wenig geheizt. Die Gefangenen waren gezwungen, in dem erdummauerten, sibirischen Winter, der Kälte bis zu 40 Grad kennt, ohne Decken und warme Kleidung zuzubringen. Infolge dieser entsetzlichen Leiden wurden viele krank. In kurzer Zeit bildeten sich im Lager besondere Storkampagnen.

Die Angehörigen der Bourgeoisie, der Herren Offiziere und die Herren Einjährig-Reservisten lebten immer besser als die anderen Gefangenen. Die Offiziere bekamen während der ganzen Dauer der Gefangenenschaft Wohnung, anfangs 50 Rubel, später wurden es 150 Rubel, während die Mannschaften nicht ein einziges Mal auch nur einen Pfennig Wohnung bekamen. Am besten und hübschesten trat der Soldat der Herren Offiziere vor den „Gewerkschaften“ selbst im „Feindesland“ in Erscheinung, als im Winter 1915/16 eine rote Kreuzgesellschaft, eine österreichische Gruppe, ins Lager kam. Sie brachte uns zunächst die schönsten Getränke der Kaiserin, dann ging sie an die Verteilung von Zigaretten. Jeder erhielt diese „nach Verdienst“, die Mannschaften 50 Zigaretten, die Einjährig-Reservisten je nach Rubel und die Offiziere 50 Rubel. Da es sich bei den Offizieren um ein Dutzend oder um ein Geschlecht gehandelt hat, entzogen sich meiner Kenntnis, im Grunde genommen, war es dasselbe. In Sibirien war 1915 alles sehr billig, ein Pfund Butter kostete damals 25 Rubel. Wir konnten uns also gut waschen, die Einjährig-Reservisten 40 und die Herren Offiziere 20 Pfund kaufen. Es ist selbstverständlich, daß eine so ungenügende und partielle Verteilung dieser Gelder großen Unwillen im Lager auslöste. Ueber die Verteilung der Zigaretten wurde überhaupt viel zu sagen.

Im Frühjahr 1916 wurden alle gefunden Kriegsgefangenen zum Bau der Murmanbahn nach Finnland geschickt. Der Bau dieser Bahn ist gezeichnet von dem Blute von Tausenden, von Kriegsgefangenen, die am Flecktyphus, Malaria usw. elend zugrunde gingen. In den Lagern in Sibirien blieben nur die Kranken, Invaliden und die „Intelligenz“. 1916 wurden besondere Intelligenzkompanien gebildet, in R. R. waren die Herren der Intelligenz, daß sie keinerlei Arbeit, nicht einmal das Wasserholen für ihre eigene Küche notwendig hätten. Alle Landsturmeute von 47 Jahren mußten auf Arbeit gehen, während junge, gesunde kräftige Leute von 17 und 18 Jahren träge auf der Pritsche lagen, oder Fußball spielten.

Die Februarrevolution 1917 brachte uns einige kleine Erleichterungen. Die Bewachung war nicht mehr so streng wie bei der Jarenregierung. Es gelang einigen Gefangenen, gut bezahlte Arbeit in der Stadt zu finden. Mehr wollten wir in Sibirien nicht, nur ein klein wenig wie ein Mensch leben, und das war im Lager unmöglich.

Die Oktoberrevolution bedeutete dann endlich für die Kriegsgefangenen der Beginn einer neuen Zeit. Trotz des Friedens in West-Sibirien, der für immer eine Schande für die deutschen Reichsregierungen bleiben wird, da diese nicht einmal den Mut fanden, gegen den Schandfrieden zu stimmen, gab die Sowjetregierung eine Erklärung heraus, daß es für sie keine Kriegsgefangenen, sondern nur ausländische Proletarier gäbe, die dieselben wirtschaftlichen und politischen Freiheiten hätten wie die übrige Bevölkerung. In den Herzen aller gerecht und anständig empfindenden Kriegsgefangenen hat die Sowjetregierung sich mit dieser Erklärung ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Infolge dieser Handlungsweise bildeten sich überall in den Kriegsgefangenenlagern Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen und tatkräftig die Käterregierung unterstützten. Doch andere Freiheit sollte nicht von langer Dauer sein. Am 26. Mai 1918 verbanden sich die russischen Sozialdemokraten mit den Konarischen und kürzten unter militärischer Beistütze der Tschecho-Slowakischen Banden in Kowo Nikolajewsk die Sowjetregierung. Drei Monate dauerte diese „sozialistische Regierung“, bis die Konarischen den Sozialisten den verdienten Fußtritt gaben und die Diktatur des Admirals Kollschal errichteten. Die Konarische Regierung führte selbstherrlichlich all die nutzlossten, infamsten Polizeibestimmungen der Jarenregierung gegen die Kriegsgefangenen wieder ein. Wieder waren wir wie vorher Sklaven, Menschen ohne eigenen Willen. Die Gefangenen mußten die gut bezahlte Privatarbeit aufgeben, und mußten Staatsarbeiten verrichten, wo sie die künftige Bezahlung von 20 in letzter Zeit 30 Rubel monatlich erhielten, eine Bezahlung, die in gar keinem Verhältnis zu den Preisen für Lebens- und Gebrauchsgüter stand. Der Besatz von Kowo, Restorants usw. wurde streng verwaltet. Stundenslang mußten die außerhalb des Lagers arbeitenden Gefangenen warten, ehe sie die Erlaubnis bekamen, die Kamenaren im Lager zu besuchen. Das Tragen des Gefangenen so schweren R. R. Abzeichens (Wojennos Kennzeichen) gab die Sowjetregierung abgeschafft hatte, wurde wieder eingeführt. Weiter kam ein Befehl, daß nur alle Offiziere und Einjährig-Reservisten der Sibirischen und Verbändlichen Gruppen abgezogen zu werden hätten. In Sibirien hatte bekanntlich die internationale Bourgeoisie tschecho-slowakische, polnische, rumänische, serbische, italienische, ruffo-larvalische Fremdenlegionen aufgestellt, die alle gegen die Bolschewiki kämpften. Doch unsere Reihen steigerten sich, als die Ruffe Kollschal die Regierung übernahm. Die Legionäre konnten und wollten, prügeln und erschlagen. Besonders die Tschecho-Slowaken machten davon ausgiebigen Gebrauch. Das Leben wurde uns von den Monarchisten zur Hölle gemacht. Es war daher bei den Gefangenen eine unbeschreibliche Freude, als uns die Rote Armee im Dezember 1919 besetzte. Selbstverständlich hatten wir bei der Käterregierung wieder dieselben Rechte wie die übrige Bevölkerung. Doch den glühendsten Wunsch aller Kriegsgefangenen, nach Hause zu gehen, konnten die Bolschewiki nicht sofort erfüllen. Die Sowjets hatten eine fürchterliche Gebühre übernommen. Kollschal hatte bei seinem Rückzuge alles zerstört und verwüsten lassen. Die Waggons wurden verbrannt, die Brücken gesprengt, die Kollektiv, Wasserläufer beschädigt usw. Der Typhus hauste einfiellich. In unserer Stadt starben im Frühjahr 1919 Tausende am Flecktyphus. Trotzdem ließ Kollschal, die Medikamente und Lebensmittel verbrennen. Alles mußte also unter verzweifelten Anstrengungen von den Bolschewiki wieder aufgebaut werden.

Als sie damit einigen Erfolg hatten, kam die niederstehende Nachricht, die Polen haben Schilant überfallen und gehen auf Kiew los. Wieder mußten die Gefangenen warten. Es ist selbstverständlich, daß sich die deutsche Sektion der KPR mit der Frage des Abtransportes beschäftigte. Ein, vom 15. bis 20. Mai in Omsk 1920 stattgefundener Kongress der deutschen und ungarischen Kommunisten entschied, daß der Heimtransport unter folgenden proletarischen Bedingungen erfolgen müsse:

1. fahren alle Kranken, Invaliden und alle Leute, die über 40 Jahr alt sind.
2. alle diejenigen, die nachweisen konnten, daß sie in der letzten Zeit eine nützliche Arbeit geleistet haben, und zuletzt die Offiziere und Spelanten.

Die Angehörigen der Bourgeoisie hatten sonst immer den Vorrang vor den anderen Gefangenen gehabt und immer besser gelebt. In Kowo Nikolajewsk waren sehr viele Offiziere der Käter-Reg. Armee. Da diese nicht arbeiten brauchten, richteten sie sich Zigarettenfabriken ein, wobei sie noch die anderen Gefangenen, die Invaliden ausbeuteten. Sie selber hatten einen hohen Profit. Jeder Offizier hatte einen Nebenverdienst. Sogar mit Schnaps wurde gehandelt. Dazu kam noch das Verschaffen einzelner Offiziere. In Semepalabinsk gaben sich fünfzigjährige Leute her, Spionagedienste für den Kofakenhetmann Tawrow gegen die Bolschewiki zu leisten. In Krasnojarsk richteten 1920 deutsche Offiziere Kollschals Geburtstag. Ein Verhalten, das mit Recht von den übrigen Kriegsgefangenen als Prostitution empfunden wurde.

Endlich im Sommer 1920 konnten die Heimtransporte beginnen. Bei fünf Regierungen war das unmöglich gewesen, bei der Sowjetregierung wurde es trotz der unglücklichen Ereignisse ermöglicht. Bei aller Argwohn waren die Kriegsgefangenen keine Menschen, nur bei der Sowjetregierung waren wir Menschen. Der Dank der proletarischen Gefangenen mußte in der russischen Revolution in das Gedächtnis der deutschen Arbeiter. Der Sieg des russischen Proletariats über die deutschen Proletariats. Siebert & Co.

